

SEESTADT BREMERHAVEN



Informationen zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach Art. 13 und 14 EU-DSGVO

Amt für Jugend, Familie und Frauen
Elterngeldstelle

Stand: Juni 2019



**Magistrat der Stadt Bremerhaven
Amt für Jugend, Familie und Frauen
Postfach 21 03 60, 27524 Bremerhaven**



**BREMERHAVEN
MEER ERLEBEN!**

Datenschutzhinweis nach Artikel 13 und 21 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die DSGVO verpflichtet das Amt für Jugend, Familie und Frauen bei der Erhebung personenbezogener Daten über den Umgang mit diesen Daten zu informieren. Die nachfolgenden Informationen geben Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihre Rechte, die sich aus den Datenschutzregelungen ergeben.

Verantwortliche Stelle

Magistrat der Stadt Bremerhaven
Amt für Jugend, Familie und Frauen
Amtsleitung (51/0)
Postfach 21 03 60
27524 Bremerhaven
Telefon 0471 590 27 52
Email: jugendamt@magistrat.bremerhaven.de

Kontaktdaten der zuständigen Datenschutzbeauftragten

Behördliche Datenschutzbeauftragte des Amtes für Jugend, Familie und Frauen der Stadt Bremerhaven.
Email: datenschutz.jugend@magistrat.bremerhaven.de

Zu welchen Zwecken verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Das Amt für Jugend, Familie und Frauen der Stadt Bremerhaven verarbeitet Ihre Daten, um Ihren Antrag auf Elterngeld in Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe bearbeiten zu können. Es werden nur Daten erhoben, die zur Aufgabenerfüllung zwingend notwendig sind. Die Rechtsgrundlage, aus der sich die Aufgabe ergibt, ist auch im Antragsformular benannt. Die Datenverarbeitung erfolgt auf der Grundlage des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO. Daneben gelten im Bereich der Verarbeitung von Sozialdaten u.a. die §§ 67 ff. Sozialgesetzbuch X und ansonsten die weiteren Vorschriften des Bremischen Ausführungsgesetzes zur EU-Datenschutz-Grundverordnung (BremDSGVOAG).

Wie werden die Daten verarbeitet?

Die Daten werden beim Betroffenen erhoben und vertraulich behandelt. Die Betroffenen werden über die Zweckbestimmung der Erhebung und Verwendung ihrer Daten detailliert aufgeklärt, soweit diese nicht offenkundig ist. Die Daten werden nur weitergegeben, wenn eine datenschutzrechtliche Übermittlungsbefugnis besteht. Die Betroffenen haben das Recht, der Datenverarbeitung zu widersprechen. Näheres erfahren Sie unter dem nächsten Gliederungspunkt.

Sofern die Angabe bestimmter personenbezogener Daten freiwillig ist, wird dies im Rahmen der Datenerhebung entsprechend kenntlich gemacht. Die Nichtbereitstellung führt nicht zu negativen Konsequenzen.

Es werden die notwendigen technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen eingesetzt, um die personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung oder Veränderung sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen.

Es erfolgt eine Löschung der Daten, die zur Erfüllung des Zwecks, zu dem sie erhoben worden sind, nicht mehr benötigt werden, sofern keine entgegenstehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfristen vorliegen.

Welche Rechte haben Sie?

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

Recht auf Auskunft

Sie können nach Artikel 15 DSGVO Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren und zum Verfahrensabschnitt gemacht werden. Im Falle von offenkundig unbegründeten oder exzessiven Anträgen kann die Auskunftserteilung abgelehnt werden.

Recht auf Berichtigung

Sollten die betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie nach Artikel 16 DSGVO eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

Recht auf Löschung

Sie können nach Artikel 17 DSGVO die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u.a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten noch zu Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben nach Artikel 18 DSGVO das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Widerspruch

Sie haben nach Artikel 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns nachweisbar zur Verarbeitung verpflichtet. Bitte richten Sie Ihren Widerspruch an den Magistrat der Stadt Bremerhaven, Amt für Jugend, Familie und Frauen, Datenschutz, Postfach 21 03 60, 27524 Bremerhaven.

Recht auf Beschwerde

Sie haben das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Für das Bundesland Bremen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
der Freien Hansestadt Bremen
Arndtstraße 1
27570 Bremerhaven
Telefon: +49 471 596 20 10 oder +49 421 361 2010
oder +49 421 496 184 95
Email: office@datenschutz.bremen.de